Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 27 (1947-1948)
Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weiß die Wolke hehr
Weiß mein höchster Traum:
Glühendster der Sterne

Glühst im schwarzen Nichts
Stern am hohen Himmel
Glühst, weil Dunkel brennt

Schwer die weiße Blüte
Hängt am schwarzen Zweig
Schwer das heiße Glück an meinem leichten, nicht'gen Leid

Béatrice May.

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Mitten während der zahlreichen Auf und Ab der Moskauer Konferenz kam aus den Vereinigten Staaten zu uns ein Lagebericht, der geeignet war, auch bei jenen Beobachtern eine gewisse Aufmerksamkeit zu erregen, welche sich zu der Übung entwickelt haben, die einzelnen Stimmungsvarianten, die aus diesem seltsamen, großen Lande zu uns dringen, nicht ohne weiteres gar zu wichtig zu nehmen. Da hieß es nämlich, und zwar im Zusammenhang mit der interessanten amerikanischen Intervention in Griechenland und der Türkei, im Grunde wolle man eigentlich gar nichts anderes als die Herstellung eines Modus vivendi mit Rußland, und nun sei man eben auf der Suche nach einem entsprechenden Weg:

> «Senator Connally sprach von einer «Formel», auf Grund deren man sich mit den Russen wenn nicht verständigen, so doch arrangieren könnte, einer Formel, die den Vereinigten Staaten von Amerika Gewähr dafür geben müßte, daß die Bemühungen um eine «kommunistische Domination» Europas aufgegeben werden»,

so berichtete der Korrespondent der «.N. Z. Z.» am 11. April seinem Blatte aus Washington. Man suche also, so hieß es weiter, einfach eine «Gesamtbereinigung»; man steure in Wahrheit auf einen «Verhandlungsfrieden» zwischen Amerika und der Sowjetunion hin; schließlich könnte man in diesem Rahmen am Ende auch bereit sein, die Möglichkeit einer amerikanischen Anleihe «von gegen fünf Milliarden Dollar» an die Sowjetunion in Erwägung zu ziehen, «einer Anleihe, die nach dieser Darstellung auch die Lösung des Problems der deutschen Reparationen erleichtern sollte». Nach gewissen Berichten habe Präsident Truman einfach deswegen in der griechischen und der türkischen Angelegenheit so scharf zugegriffen, «um die Stellung Staatssekretär Marshalls im Gespräch mit Stalin nach der in orientalischen Bazars üblichen Methode zu stärken». Freilich habe dann die Verzögerung der Beratungen im Kongreß diesen Plan «einigermaßen durchkreuzt», so daß statt dessen der negative Aspekt des Truman-Planes völlig in den Vordergrund getreten sei. «Und nun sei so viel Sowjetfeindlichkeit in der amerikanischen Öffentlichkeit entstanden, daß eine «Gesamtbereinigung» schwierig geworden zu sein scheine».

Wir zitieren diesen Bericht nicht nur deswegen, weil in ihm doch ein sehr interessanter Aspekt des ganzen Problems enthalten ist, sondern um damit eben auch das Auf und Ab darzulegen, das im Grunde in den Vereinigten Staaten genau so ausgeprägt ist wie jenes, das während der nun zusammengebrochenen Moskauer Konferenz zu Tage trat. Dieser Bericht versuchte die Lage vor Mitte April wiederzugeben; allein auch heute macht sich diese amerikanische Unsicherheit genau so deutlich bemerkbar, und man hat hin und wieder tatsächlich das Gefühl, als sei man in den Vereinigten Staaten im Begriff, so etwas wie Angst vor der eigenen Courage zu bekommen. Mit den etwas unklaren Umständen und Eindrücken der Europareise des Herrn Henry Wallace hat diese Einstellung freilich wenig zu tun. Nach dieser Richtung besteht eher die Mutmaßung, als ob sich der ehemalige amerikanische Handelsminister ziemlich stark verhauen habe, als er die Kommunisten aller Länder Europas um sich vereinigte. Vielmehr hängt diese Unsicherheit in der amerikanischen Politik wahrscheinlich mit zwei ganz anderen Faktoren zusammen: nämlich einerseits mit dem stark publizistisch angetriebenen Wellenspiel, das die amerikanische Außenpolitik zu begleiten pflegt, und sie in dem entsprechenden Maße auch *beherrscht* und so dem stimmungsmäßigen Auf und Ab ausliefert (ganz im Gegensatz zu England, wo die Publizistik der gouvernementalen Außenpolitik eben *dient*), — anderseits aber mit dem ausgesprochenen Mangel an Erfahrung, der offenbar die maßgebenden Persönlichkeiten der amerikanischen Außenpolitik nicht verlassen will. Das aber sind sehr gefährliche Dinge; und es ist bezeichnend, daß man ab und zu sehr ernsthafte Stimmen aus diesem großen Lande hört, die auf die Möglichkeit hindeuten, es könnte eines Tages die neuerdings stark machtpolitisch, ja offensiv aufgemachte Europapolitik der Vereinigten Staaten ganz einfach in sich zusammenfallen, oder ins Gegenteil umschlagen, und damit dann eine Reaktion eintreten, die in ihren Auswirkungen ebenso massiv wäre wie die jetzige Politik, und am Ende einem Rückzug aus diesem ungemütlichen Kontinent gleichkäme, wie es Europa nun einmal ist.

Nun hat man es in den Vereinigten Staaten vielleicht doch etwas übersehen, daß die Russen solche Dinge wohl auszunützen verstehen, sonst könnte man dort über den Fehlschlag der Moskauer Konferenz nicht so sehr enttäuscht sein. Jedenfalls aber war Staatssekretär Marshall um seine Stellung in Moskau unter diesen Umständen nicht zu beneiden. Man erinnert sich, wie er noch kurz vor dem Ende der Konferenz die kategorische Aufforderung nach Washington erließ, man möge nun mit den Beschlüssen hinsichtlich der Angelegenheit des Nahen Ostens doch endlich vorwärts machen, aber auch dieser Appell konnte das amerikanische Gewoge nicht aus seiner Triebhaftigkeit herausbringen. Unter diesem Gesichtspunkt haben es die Russen offensichtlich für vorteilhaft gehalten, dafür zu sorgen, daß vorerst einmal noch alles in der Schwebe blieb, wozu sie mit ihrer steten Opposition als gleichberechtigter Verhandlungspartner sehr wohl in der Lage waren. Die gewiegten Strategen und Taktiker des Kreml haben eben in der amerikanischen Front schwache Stellen entdeckt und sie sind deshalb vorerst gewisse Konzessionen nicht eingegangen, für die sie unter den gegebenen Umständen vielleicht eines Tages Gegenleistungen einzuhandeln hoffen und — wohl nicht ohne Grund — hoffen können. Bis zu diesem Punkt sind sie gegangen, — und nicht weiter.

So mußte es denn zu dem Scheitern der Moskauer Konferenz kommen, das man befürchtet und nun auch erlebt hat. Materiell war man übrigens von einem positiven Ergebnis gar nicht so weit entfernt gewesen. In der Frage des Staatsvertrages

mit Österreich sind schließlich keine unlösbaren Probleme mehr vorhanden: über die Grenzen Österreichs wird man sich sicher eines Tages verständigen können, wenn man nur ernstlich will, und ebenso steht es mit der Frage der Reparationen (und damit des «deutschen Eigentums», wo die Russen die Auslegungsfrage als Druckmittel benützen); für beides wollen die Leute vom Kreml eben noch etwas einhandeln, und welcher Natur die Gegenleistung speziell in diesem zweiten Punkt sein soll, das kann man dem erwähnten Bericht des Korrespondenten der «N. Z. Z.» leicht entnehmen... Die Russen sind übrigens in der österreichischen Angelegenheit genau in demselben Maße die Nutznießer der gegebenen Situation wie die westlichen Alliierten es bei dem Problem von Triest waren: sie können ihre Armeen solange in Österreich stehen lassen, bis ein Staatsvertrag einigermaßen nach ihren Wünschen zustande kommt. Mit Bedauern wird man freilich diese Tatsache im Blick auf das geprüfte Österreich zur Kenntnis nehmen, das nun unter Umständen weitere lange Monate der Unfreiheit wird über sich ergehen lassen müssen.

Im Ansturm all der ungefreuten Empfindungen, welche der Abbruch der Konferenz von Moskau auslöste, verfiel man indessen weitherum — und zwar nicht nur bei den Leuten, die den Ausbruch des dritten Weltkrieges kaum erwarten können — der Tendenz, auch gewisse andere Fortschritte zu übersehen, die an der Konferenz, die denn doch auch ihre guten Tage hatte, erzielt worden waren. In der Angelegenheit des Friedensvertrages mit Deutschland ist nämlich in einer Hauptfrage eine Entscheidung gefallen, deren Eintritt man kaum für möglich gehalten hätte: die Verfassung des künftigen Deutschland — man wird den Begriff des «Reiches» in Zukunft ausschalten — ist in bezug auf die Struktur des neuen Gesamtstaates festgelegt worden, indem die Sowjetunion das Überwiegen des Gewichtes der deutschen Länder im Prinzip anerkannt hat. Ein Fortschritt, der auch dann nicht verkleinert werden soll, wenn er nur im Prinzip erfolgt ist. Denn nun ist für die weitere Verhandlung über diesen Vertrag wenigstens eine Grundlage gegeben. Keine Einigung ist naturgemäß in bezug auf die Ostgrenzen Deutschlands erzielt worden; aber das ist schließlich auch von allen das schwierigste Problem. Allein der amerikanische Staatssekretär hat immerhin in bestimmter Richtung einen Blickpunkt aufgezeigt, in dessen Bereiche sich am Ende eine Kompromißlösung ergeben könnte: die Internationalisierung des Industriebeckens von Oberschlesien. Damit ist zweifellos ein Argument in die Debatte geworfen, das sich für Kompromißverhandlungen vortrefflich eignet, und zwar nicht nur in bezug auf die Grenzen Deutschlands — das Industriebecken würde aus der Oder-Neiße-Linie herausgebrochen —, sondern auch im Hinbick auf den Anspruch Rußlands, an der künftigen Verwaltung des Ruhrgebietes teilzuhaben. Die polnische Regierung wehrt sich freilich mit allen Mitteln gegen eine auch nur teilweise Preisgabe des auf Grund der Potsdamer Beschlüsse vorläufig Erreichten, und sie bemüht sich auf alle mögliche Weise, die jetzt tatsächlich bestehenden Grenzen als endgültig erscheinen zu lassen. So hat sie nun auch die Massendeportationen der Deutschen wieder aufgenommen, die sie während des Winters aus den bekannten Gründen einstellen mußte. Jedenfalls wird man sich in diesem Bereiche noch auf ein ganz schweres Ringen gefaßt machen müssen.

Nachdem die Haupttraktanden der Moskauer Konferenz dergestalt nicht erledigt werden konnten, ist auch in jenen Bereichen eine Stockung eingetreten, die neben den unmittelbaren Konferenztraktanden lagen. Dies gilt für die amerikanischen Bemühungen um die Herstellung eines Viermächtepaktes zur Niederhaltung Deutschlands, wie für die Verhandlungen um die Erneuerung des britisch-russischen Bünd-

nisvertrages. Die letzteren sollen zwar formell weitergehen; aber wenn die Russen tatsächlich weiter bestrebt sein sollten, mit Hilfe der neuen Fassung des Bündnisvertrages einen Keil zwischen England und Amerika zu treiben, so können auch die weiteren Verhandlungen keine Aussicht auf Erfolg bieten.

Denn nun hat sich als direkte Folge der starren Haltung der Sowjetunion bei den Moskauer Verhandlungen bei den Westmächten eine verstärkte Tendenz zur Blockbildung entwickelt. Die amerikanische Intervention im Bereiche des Nahen Ostens wird diese Tendenz noch verstärken, es sei denn, die Oppositionsgruppe innerhalb der britischen Labour-Partei vermöchte diese Entwicklung zu verhindern, was aber angesichts der heutigen Lage recht unwahrscheinlich ist. Die ersten deutlichen Ansätze in dieser Richtung sind aus der neuen Vereinbarung zwischen den angelsächsischen Mächten und Frankreich mit Bezug auf die Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet ersichtlich. Wie weit in diesem Zusammenhang seitens Frankreichs politische Konzessionen gemacht wurden, ist noch unbestimmt; jedenfalls sind Gerüchte, die bereits von einer kommenden Zusammenlegung der drei westlichen Zonen Deutschlands wissen wollen, als verfrüht zu bezeichnen. Anderseits aber sind politische Konzessionen Frankreichs in diesem Zusammenhang wahrscheinlich, weil die angelsächsischen Zugeständnisse angesichts der außenpolitischen Schwäche Frankreichs anders kaum denkbar wären. Es fragt sich nur, in welcher Richtung die innere Entwicklung dieses Landes in Zukunft weisen, — wie weit sie überhaupt Konzessionen in dieser Hinsicht zulassen wird.

In Frankreich ist nun General de Gaulle wieder auf die politische Bühne getreten. Allein noch wäre es verfrüht, diese Aktion mit weitergreifenden Kommentaren zu begleiten, da sie doch noch zu sehr in den Anfängen steckt. Außerdem gibt auch die allgemeine Entwicklung des Landes noch zu viele Fragen auf. Die Dinge stehen nicht gut, weder politisch noch wirtschaftlich; die Entwicklung der schwarzen Devisenkurse ist kein schlüssiges Gegenargument. Die Unruhe in den überseeischen Gebieten verstärkt sich zusehends, zumal sie von den Kommunisten des Mutterlandes in auffallender Weise gefördert wird. Sogar der Sultan von Marokko beginnt sich mißliebig zu machen, und er war doch bisher der treueste oder der abhängigste von allen. Darüber konnte man in den «Basler Nachrichten» in einem Bericht aus Paris lesen:

> «Die jüngste Rede des Sultans von Marokko in Tanger hat in der französischen Presse Zweifel an der absoluten Loyalität seines Schützlings gegenüber Frankreich geweckt. Es hat mißfallen, daß sich Seine Majestät Mohammed Ben Yussef zur Arabischen Liga bekannte. Diese Liga sei die Nährmutter aller Bewegungen, die in Nordafrika gegen Frankreich gerichtet seien. Von Frankreich habe der Sultan wenig gesprochen. Er soll sogar eine spezielle Ehrung des Schutzstaates, die im vom Generalresidenten revidierten Wortlaut seiner Rede stand, absichtlich weggelassen haben. Zum Schluß ließ der Sultan der Presse in Tanger eine schriftliche Erklärung übergeben. Darin heißt es, Marokko wolle volle Rechte erhalten. Es verstehe sich von selbst, daß Marokko als arabisches Land mit den arabischen Ländern des Orients eng verbunden sei und die Festigung dieser Bande besonders wünsche, seitdem die Arabische Liga eine so wichtige Rolle in der Weltpolitik spiele».

Diese Erklärung, so schließt der betreffende Bericht, spreche nicht dafür, daß der Sultan von Marokko darauf brenne, der Einladung zum Beitritt in die Französische Union Folge zu leisten. Das alles sind sehr schlechte Nachrichten, und nur mit

Sorge wird man die weitere Entwicklung unseres westlichen Nachbarstaates begleiten, mit dem uns so enge und herzliche Beziehungen verbinden.

Es heißt nun, die Außenminister der vier Mächte sollen erst gegen Ende des Jahres wieder zusammentreffen. Man mag dies, abgesehen von den österreichischen Problemen, hauptsächlich deswegen bedauern, weil einigermaßen stabile Verhältnisse in Europa nicht zu erzielen sind, so lange die Probleme Deutschlands so völlig ungelöst weiterbestehen wie bisher. Allein man wird anderseits sagen müssen, daß es logischer und der allgemeinen Entwicklung dienlicher erscheint, erst einmal das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sich ausbalancieren zu lassen, als auf Scheinlösungen bestehen zu wollen, die eben doch keine wirklichen Lösungen sein können. So wird man mit Interesse, ja mit einer gewissen Spannung der weiteren Entwicklung dieser entscheidenden Beziehungen entgegensehen, wobei sich erst einmal wird erweisen müssen, ob und inwieweit die Amerikaner überhaupt bei der jetzt eingeschlagenen Richtung bleiben wollen. Beantwortet man diese Frage positiv, so steht übrigens Washington heute ein sehr wirksames Druckmittel zur Verfügung, das man in Moskau offenbar noch nicht hat spielen lassen: der Kongreß kann nämlich die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Italien hinausziehen, und so lange den Status quo auf der Halbinsel und in Triest bestehen lassen. Dies wäre sicher sehr zum Mißfallen der Jugoslawen, könnte sich aber unter Umständen in bezug auf Italien als zweckmäßig erweisen, wo die Erfolge der Kommunisten bei den jüngsten Wahlen in Sizilien allgemeine Aufmerksamkeit erregt haben.

So ist denn das große machtpolitische Ringen zwischen den beiden größten Mächten unserer Welt in vollem Zuge. Angesichts der potentiellen Ausgeglichenheit der beidseitigen Machtverhältnisse, angesichts auch der Tatsache, daß Stalin eben nicht Hitler ist, spricht alles dafür, daß dieses Ringen eines Tages mit einem diplomatischen Ausgleich enden wird — es sei denn, daß machtpolitisches Vorprellen bei irgend einer — vielleicht lokalen — Gelegenheit ein unwiderrufliches fait accompli schaffe. Zu Henry Wallace und seinen politischen Zielen aber mag man stehen wie man will — hier wird man ihm recht geben:

«Ein Krieg zwischen Rußland und Amerika wäre die größte Tragödie der Welt».

Zürich, Ende April. *Jann v. Sprecher.*

Brief aus Italien

Mit «diagnosi riservata» pflegen sich italienische Spitalärzte über eingelieferte Schwerverletzte auszusprechen, wenn der Gesundheitszustand Anlaß zu schweren Befürchtungen gibt, immerhin noch Hoffnung auf Rettung besteht. Muß man die gegenwärtige Krisenlage Italiens schon mit diesem Stichwort umschreiben?

Politisch segelt unser südlicher Nachbar augenblicklich in relativ ruhigem Fahrwasser, doch weist das Barometer schon jetzt auf kommende Sommer- oder Herbststürme hin, wenn die neuen Wahlen in das Parlament und die Abstimmung über die neue Staatsverfassung stattfinden werden. Es ist also lediglich eine Ruhe vor dem Sturm, und noch keine durchgreifende politische Normalisierung; immerhin dient ja auch ein temporärer Waffenstillstand zur Beruhigung der Gemüter. Wenn man den Gründen der gegenwärtigen politischen Ebbe nach der vorangegangenen Hochflut nachforscht, so drängen sich deren zwei in den Vordergrund: erstens ist eine Sammlung der Kräfte nach dem letzten Hosenlupf und vor dem nächsten Ausschwinget für alle Parteien ein Ding der Notwendigkeit, und zweitens sind die politischen Leaders gegenwärtig mit der Durchberatung des Gesetzgebungsentwurfes vollauf beschäftigt. Dabei haben sich bis anhin in der Konstituante keine unüber-

brückbaren Gegensätze hinsichtlich des neuen Statuts gezeigt, das uns in vielen Einzelheiten etwas allzu zeitbedingt erscheint und einiger Widersprüche und Unklarheiten nicht ermangelt, wie es bei einem solchen Kompromißgebilde ja nicht anders sein kann. Da es sich aber vorerst nur um ein Projekt handelt, behalten wir uns vor, später, nach erfolgter Durchberatung durch die Konstituante, darauf zurückzukommen.

Als sozusagen «pikante» Einzelheiten aus dem bisherigen Verhandlungsverlauf seien allein die kommunistische Zustimmung zur unveränderten Übernahme der im Jahre 1929 zwischen einem gewissen Benito Mussolini und dem Papste abgeschlossenen *Lateranverträge* in das neue Verfassungswerk, sowie deren einmütige Ablehnung des *Scheidungsparagraphen* erwähnt. Sind aus den Sauli Pauli geworden? Wohl kaum! Diese überraschende Stimmabgabe gehört wohl eher zu den ersten Vorfeldplänkeleien der kommenden Wahlschlacht: Togliatti will wahrscheinlich durch solche Manöver bei der katholischen Wählerschaft Zweifel an seiner konfessionellen Stubenreinheit zerstreuen, und überläßt es den evangelischen Kirchenvorständen, den Liberalen und Sozialisten, gegen die Lateranverträge zu kämpfen. Bei einem so leichtgläubigen und raschvergeßlichen Volke hat eine solche Wahltaktik allerdings gewisse Erfolgsaussichten, ganz besonders bei dem *wirtschaftlichen Notstand,* der sich in Italien breitmacht.

Die Rückschläge, die der vergangene Winter Italien brachte, sind noch lange nicht überwunden. Wohl dürften ja die Getreideversorgung bis zur nächsten Ernte und die Kohlenzufuhren während der nächsten Monate (vorausgesetzt, daß John Lewis nicht anderer Ansicht sein wird) gesichert sein, wohl sollten die soeben festgelegten Einfuhrquoten pro 1947 von 174 Millionen Kilo Baumwolle und 30 Millionen Kilo Wolle den dringendsten Bedarf an diesen beiden wichtigen Textilrohstoffe sichergestellt haben, aber noch wird es weit größere Mengen wichtiger Rohmaterialien brauchen, um die erschreckend hohe Zahl von über 2 Millionen Arbeitslosen massiv herabzusetzen. Nur so dürfte es auch möglich sein, die Außenhandelsumsätze kräftig zu beleben, die sich für 1946 ungefähr auf 3 Milliarden Schweizerfranken auf der *Einfuhr-* und 1,7 Milliarden Franken auf der *Ausfuhr*-Seite bewegen. (Man vergleiche diese bescheidenen Ziffern mit dem schweizerischen Außenhandel, der pro Einwohner einen ca. zehnmal größern Betrag ergibt.)

Eine unbedingte Voraussetzung für die Außenhandelsbelebung ist allerdings eine Anpassung der italienischen Währung an die geschwundene Kaufkraft der Lira, die heute durchschnittlich einem Rappen entspricht. (Nachdem ja nun Italien dem Abkommen von Bretton Woods beigetreten ist, dürfte eine *provisorische* Währungsstabisierung nicht mehr lange auf sich warten lassen, wodurch dann auch endlich der Weg zu einem schweizerisch-italienischen Handels- und Finanzabkommen freigelegt würde.) Zu den gegenwärtigen mittlern Exportwechselkursen von ungefähr 460 pro Dollar und 1800 pro Pfund Sterling (das hier auf Grund der kürzlich in London geführten Finanzverhandlungen Menighellas die Dollarparität erreicht hat, nachdem es bis jetzt immer ungefähr 30 % unterwertet war), sind viele italienische Ausfuhrgüter bei der heutigen internen Preislage gar nicht, andere nur schwer verkäuflich, während die noch weit ungünstigeren Clearingkurse den Export nach den europäischen Ländern immer weiter absinken lassen, wie die Außenhandelsumsatzziffern deutlich zeigen.

Eine zweite Voraussetzung, die allerdings weit schwieriger durchzuführen sein dürfte, ist eine *Preis- und Kostenfixierung,* denn solange diese beiden Elemente jede Woche ansteigen, wird Italien auf den Weltmärkten bloß eine Aschenbrödelrolle spielen können. Dies führt uns zum gegenwärtigen italienischen Hauptproblem, der

drohenden Inflation,

die wie ein um sich greifender Krebs unser Nachbarvolk fiebern läßt. Seit letztem Sommer, als der Tresorminister Corbino trotz — oder gerade wegen! — seinen gesunden

Grundsätzen zum Rücktritt gezwungen wurde, nachdem es ihm gelungen war, eine allgemeine Preissenkung durchzuführen (in deren Verlauf der Kurs des freien Schweizerfrankens auf 80 fiel, während er heute wieder um 200 herumpendelt), steigen die Preise, die Aktien und Devisen wieder, trotz der mittlerweile verstärkten Produktion. Bis vor kurzem soll der Banknotenumlauf monatlich um 15—20 Milliarden Lire gestiegen sein, so daß man trotz allen kürzlich dekretierten Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation nicht recht einsehen kann, wie die Regierung auch weiterhin ohne die Notenpresse auskommen wird. Welches sind die Gründe, die zu diesem Umschwung geführt haben? Außer den bereits erwähnten Gründen wirtschaftlicher Natur (ungenügende Produktion, abfallender Export, geringer Import) sind es solche politischer, psychologischer und finanzieller Art.

Der Inhalt des Friedensvertrages hat Italien tief enttäuscht und seinem Glauben an eine bessere Zukunft einen schweren Schlag versetzt. Daneben kann jedermann sehen, wie es gegenwärtig über seine Verhältnisse hinaus lebt, so bescheiden auch die Saläre der Staatsangestellten sind. (Ein Postdirektor in einer italienischen Großstadt verdient gegenwärtig weniger als ein sparsames Dienstmädchen seiner Familie aus der Schweiz monatlich zusenden kann.) Italien wird nicht um einen massiven Abbau seines Beamtenapparates herumkommen, denn die Einnahmen werden noch jahrelang die Ausgaben nicht decken können. Aus wahlpolitischen Gründen wird dieser Schritt heute nicht gewagt. Aus politischen Gründen hat man bis heute auch das Staatsbudget mit dem «politischen Brotpreis», d. h. mit einer jährlichen Belastung von ungefähr 70 Milliarden Lire beschwert; und nun, da dessen Abbau beschlossen wurde, muß man dem notleidenden Fixbesoldetenstand mit Lebensmittelpaketen und andern Hilfsmaßnahmen unter die Arme greifen, um ihn vor vollständiger Verelendung und damit Radikalisierung zu bewahren. Ob die finanziellen Schwierigkeiten von gewissen politischen Kreisen der Links- und Rechtsextreme nicht geradezu gefördert werden, bleibe eine offene Frage, die von vielen allerdings bejaht wird.

Politische Auswirkung hatte auch die Enttäuschung über die geringe Finanzhilfe, die de Gasperi in Amerika zugesichert erhielt. Dies und die Ankündigung eines voraussichtlichen Defizites des laufenden Finanzjahres von über 600 Milliarden Lire (zwei Drittel der ganzen italienischen Staatsschuld) hat die latente Vertrauenskrise wieder einmal in eine offene Panikstimmung ausarten lassen, wovon die Börsen mit dem sprunghaften Ansteigen der Aktienkurse um ungefähr 50 % in wenigen Wochen und dem gleichzeitigen Absinken der Staatstitel nur allzu deutlich Zeugnis ablegen.

Daß die Regierung an dieser Entwicklung nicht unschuldig ist, liegt auf der Hand, denn nachdem sie vor kurzem noch hoch und heilig den kommenden Banknotenumtausch versprochen hatte, verzichtete sie jetzt sozusagen von einer Stunde zur andern darauf, wodurch sie alle jenen Kreise prämiierte, die seit Jahren Banknoten gehamstert hatten, vor allem die *Bauern,* deren Stimmen keine der Regierungsparteien im kommenden Wahlkampf verlieren will. Die Zeichner der kürzlichen Wiederaufbauanleihe, die im Vertrauen auf den Papiergeldumtausch und auf eine allgemeine, durchgreifende Finanzreform willig ihre Ersparnisse dem Staat zur Verfügung gestellt hatten, fühlen sich heute mit Recht düpiert, da infolge der unglaublichen Inkonsequenz der Regierung der Kurs des «Prestito della Ricostruzione» bereits von 97 % auf 78 % abgeglitten ist. Der italienische Staatskredit hat dadurch eine selbstverschuldete, schwere Beeinträchtigung erfahren, deren Folgen sich erst in der Zukunft zeigen werden.

Schon heute zeigt sich, daß die finanziellen Notmaßnahmen der Regierung, vor allem die nun endlich lancierte *Patrimonialsteuer,* Tropfen auf einen heißen Stein sein werden. Was bedeutet schon das *erwartete* Erträgnis von ca. 400 Milliarden Lire — je 100 Milliarden in den nächsten vier Jahren — angesichts des erwarteten Finanzdefizites von 600 Milliarden im laufenden Fiskaljahr? Was bedeuten aber

erst all die kleineren Steuer- und Sparmaßnahmen, die nun fast täglich und am laufenden Bande erfolgen, wenn der seit Jahren vorbereitete *große* Aderlaß so wenig ergeben wird? Die dekretierte 5%ige Preisermäßigung blieb fast überall auf dem Papier stehen, oder dann wurde sie durch massive Preiserhöhungen auf andern Gebieten mehr als kompensiert.

Muß man angesichts dieser betrüblichen Umstände nicht jenen Pessimisten Recht geben, die ein düsteres Zukunftsbild von Italien an die Wand malen? Kann man mit gesundem Menschenverstand überhaupt noch etwas anderes als unaufhaltsam fortschreitende Inflation nach ungarischem Muster, damit weitere Verschärfung der Klassengegensätze, damit sozialrevolutionäre Unruhen und schließlich ein allgemeines Chaos erwarten? Zeigen nicht im allgemeinen die Italiener selber, vor allem die Kreise der Aristokratie und des Bürgertums, eine entsetzliche Verständnislosigkeit für soziale Fragen, einen für uns unfaßbaren Klassen- und Individual-Egoismus und Mangel an nationalem Solidaritätsgefühl? Ist es nicht evident, daß man in vielen Rechts- und Linkskreisen diese Entwicklung geradezu herbeiwünscht und sogar alles tut, um sie zu fördern, in der Meinung, aus einem Zusammenbruch persönliche Vorteile ziehen zu können? Sind die sich mehrenden Stimmen, man sei doch eigentlich unter dem Faschismus weit besser dran gewesen, nicht eine gefährliche Auffassung, die als Schrittmacher zur Wiedererrichtung einer Diktatur unter irgend einem Vorzeichen ausgelegt werden muß?

Ja, man *kann* an eine derartige Entwicklung der Dinge durchaus glauben, weil sie im Bereiche der Möglichkeit liegt, aber noch ist die Lage nicht so, daß es zwangsläufig dazu kommen muß. Trotz der reichlich verfahrenen Situation ist unseres Erachtens ein gedämpfter Optimismus am Platze. Nicht etwa nach dem Satze: credo quia absurdum est, sondern weil man bei unvoreingenommener Betrachtung neben diesen Krankheits- und Krisenerscheinungen auf Schritt und Tritt deutliche Wiederaufstiegssymptome bemerkt. Die ungenügende Produktion, zumal diejenige, die nicht von ausländischen Rohmaterialien abhängig ist, und die Verkehrslage bessern sich von Monat zu Monat. Italien hat die Arbeitsunlustperiode weitgehend überstanden. Man beginnt langsam einzusehen, daß nur vermehrter Arbeitseinsatz auf der ganzen Linie der Misere ein Ende bereiten kann. Kirche und Familie, die beiden Grundpfeiler der italienischen Gesellschaftsordnung, stehen heute bestimmt nicht geschwächter als vor sechs oder zwölf Monaten da, trotz — oder gerade wegen — der Diffamierungsliteratur. Als erfreuliche Beispiele wiedererwachender Selbstdisziplin, die nicht von oben herab erzwungen wird, sondern von innen herauswächst, möchten wir die banalen Tatsachen anführen, daß heute in den Tramwagen selten mehr geraucht wird, wo dies trotz Verbottafeln vor einem halben Jahre noch gang und gäbe war, daß die öffentliche Sicherheit überhaupt nicht mehr zur Diskussion steht, daß die Sauberkeit der Straßen in vielen italienischen Städten (Siena und Lucca z. B. nehmen es mit jeder sonntäglichen Schweizerstadt auf) heute fast wieder Vorkriegsniveau erreicht hat. Redet man mit Globetrottern und Touristen (darunter sehr viele Schweizer), welche die Nachkriegswelt aus eigener Beobachtung kennen, so hört man auf zwei schwarzseherische mindestens fünf optimistische Kommentare.

Gerade wir Schweizer müssen uns davor hüten, die Staatsfinanzen, wie überhaupt alle staatlichen Belange anderer Völker zum alleinigen Wertmesser für die Beurteilung ihrer Lage zu machen. Schließlich hat es das von uns mit Recht bewunderte England im soeben zu Ende gegangenen Fiskaljahr auch auf ein Defizit von über 600 Millionen Pfund — das anderthalbfache der italienischen Ziffer — gebracht, wobei allerdings die Wirtschafts- und Finanzpotenz der beiden Länder grundverschieden ist. Die Anti-Staat-Einstellung der Italiener (welche Parallele zur romanischen Schwesternation!), die ja schon immer latent vorhanden war, ist durch den Krieg und die fremde Besetzung (als diese Haltung zur patriotischen Pflicht wurde) über ein vernünftiges Maß hinaus gefördert worden, aber auch sie wird

wieder abflauen. Eine ähnliche Geistesverfassung nach dem Untergang Napoleons leitete vor einem Jahrhundert in Frankreich und England jene liberale Ära ein, die zu einer ungeahnten Wirtschaftsblüte führte. Wo steht geschrieben, daß eine solche heute nur mehr im Zeichen des Staatssozialismus möglich ist? Die Italiener gehören zu den sympathischen Leuten, die an Selbsthilfe glauben; und mit diesem System sind sie bisher immer wieder «auf die Beine gefallen». Hat diese Auffassung keine Daseinsberechtigung mehr? Wir glauben kaum.

Und — last, not least — flößt ein anderer Faktor Hoffnung ein, der allerdings der Eigenhilfe nicht förderlich ist: *Amerika.* Diese Weltmacht kann und wird Italien nicht fallen lassen. Allerdings wird es ganz von den Italienern selber abhängen, wie weit und in welcher Form ihnen geholfen werden wird. Man möchte ihnen wünschen, daß sie in vermehrtem Maße das zinslose 4 Milliarden-Dollar-Anleihen an das ebenfalls verarmte England mit der im Wurfe liegenden Finanzhilfe an Griechenland und die Türkei eingehend konfrontierten. Denn man kann sich so oder so beistehen lassen, ganz wie man es wünscht und verdient.

Florenz, Ende April. *Peregrinus.*

Wirtschaftliche Umschau

In Genf tagt zur Zeit die *Internationale Handelskonferenz,* an der die Schweiz nur durch einen Beobachter vertreten ist. Der Entwurf zu einem Statut einer internationalen Handelsorganisation, der in erster Fassung vom amerikanischen Außenministerium stammt und nun zur Beratung steht, beschlägt sehr viele Fragen. Sein Ziel ist die Wiederherstellung eines freieren Weltverkehrs auf dem wirtschaftlichen Gebiet und steht in der Grundtendenz im Zusammenhang mit den Vereinbarungen von Bretton Woods über die internationale Bank und den Währungsfonds. Offenbar ist er stark von den wirtschaftlichen Nachkriegsplänen der U.S.A. beeinflußt und sucht dem Ziel der Vollbeschäftigung zu dienen. Die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel, auch gegenüber Devisenbestimmungen, die Ermäßigung der Zollsätze, die Reduktion der Präferenzzölle, wie sie im britischen Weltreich bestehen, der Abbau der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen und der Ein- und Ausfuhrverbote, der Beschränkungen des Güteraustausches durch Restriktionen im Zahlungsverkehr und der Kampf gegen das Exportdumping bilden die bedeutendsten Punkte. Sogar eine Eingliederung der verstaatlichten Teile der Wirtschaft in den internationalen normalen Güterverkehr wird versucht, indem Staaten mit Ausfuhrmonopolen sich bei ihren Preiszuschlägen nach dem Statut an die Regeln halten sollen, die beim privaten Handel für die Zölle zur Anwendung gelangen. Endlich haben die Amerikaner den Versuch unternommen, die Grundsätze ihrer Antitrustgesetzgebung in das Statut einzubauen und so auf die übrige Welt zu übertragen. Die Liste dieser Verhandlungsgegenstände liest sich großteils wie ein Verzeichnis der Übelstände, an denen der Weltverkehr heute krankt und schon in den Dreißigerjahren krankte.

Nach den Presseberichten haben bis jetzt die Fragen der *Zollsätze* und der britischen *Vorzugszölle* im Brennpunkt des Interesses gestanden. Dabei ist zu bemerken, daß die Vereinigten Staaten, das Urheberland des Statutentwurfs und der Konferenz, eine ausgesprochene Hochschutzzollpolitik betreiben, die u. a. zur Folge hat, daß sie manchen in der übrigen Welt konkurrenzfähigen schweizerischen Exportprodukten sozusagen völlig verschlossen sind. Anderseits war es für die schweizerische Ausfuhr seinerzeit ein schwerer Schlag, als das britische Weltreich die Vorzugszölle einführte, so daß von da an die englischen Industrieerzeugnisse in den Dominien und Kolonien großteils mit viel geringeren Zöllen belastet waren als die schweizerischen.

Es steht aber offenbar heute schon fest, daß das britische Weltreich, und zwar nicht nur das Mutterland, auf die Präferenzzölle wenigstens nicht voll verzichten will und daß somit nur eine Reduktion zur Diskussion steht. Die Amerikaner ander-

seits sind ebenfalls mit einem gewichtigen Vorbehalt angetreten, mußten sie doch, um Schlimmeres, nämlich eine offene Auflehnung der Schutzzöllner im eigenen Land gegen die Konferenz zu verhüten, der sogenannten «Mexikaner-Klausel» zustimmen. Nach dieser sollen alle künftigen handelsvertraglichen Abmachungen unter dem Vorbehalt stehen, daß Konzessionen von beiden Partnern widerrufen oder abgeändert werden können, wenn sie den einheimischen Erzeugern «schweren Schaden» zufügen sollten! Man will also nur bedingte Zugeständnisse machen, und kein Staat wäre sicher, daß getroffene Abmachungen nicht vom Partner unter dem Druck angeblich oder wirklich schwer geschädigter Inlandproduzenten gekündigt würden.

Wie schon bei der ersten Behandlung in London der Entwurf eher abgeschwächt wurde, so bestanden die bisherigen Äußerungen an der Genfer Konferenz zu einem ansehnlichen Teil aus der Anmeldung von Vorbehalten. So erklärten die Franzosen, ihr Empire auch wirtschaftlich beieinander behalten zu wollen, und außerdem könnten sie die staatliche Lenkung der Ein- und Ausfuhr nicht aus der Hand geben, solange der Wiederaufbau nicht genügend weit gediehen sei. Von wirtschaftlich unentwickelten Ländern wurde die Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse verlangt. Ferner wird das Postulat, auf mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen unter allen Umständen zu verzichten, offenbar nicht aufrecht erhalten, sondern auch hier praktisch nur ein gewisses Maß angestrebt. Etwas anderes würde sich insbesondere im Hinblick auf die Schutzmaßnahmen vieler Länder, vor allem für ihre Landwirtschaft — das gilt von Großbritannien und den U.S.A., aber auch von der Schweiz —, gar nicht verstehen lassen, soll die Konferenz nicht zu Schlüssen gelangen, die zu weit von der Wirklichkeit entfernt sind, um Aussicht zu haben, die Praxis zu beeinflussen.

Ähnlich wie bei den internationalen Vereinbarungen von Bretton Woods über die künftige Währungspolitik taucht bei der Durchsicht des Statutsentwurfs der Genfer Konferenz da und dort das Gefühl auf, daß die *Schweiz* in eine recht ungünstige Lage manövriert werden könnte. Würden beispielsweise mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen nur unter gewissen Voraussetzungen gestattet, die für die Schweiz nicht zutreffen, würden sie etwa nur wirtschaftlich gestörten Ländern erlaubt, so stünde die Schweiz einer Schädigung ihres Exports wehrlos gegenüber und der Gewinn aus ihren Käufen bei einem solchen Partner flöße andern zu. Gleiches gilt bei einer weitgehenden Wirtschaftslenkung durch die kriegsgeschädigten oder wirtschaftlich wenig entwickelten Länder, welche die Schweiz bis jetzt, gestützt auf ihre eigenen Leistungen diesen Staaten gegenüber, in den zweiseitigen Verträgen auf ein bestimmtes Maß zurückzuführen gewußt hat. Für die Abwehr gegen Exzesse der Devisenbewirtschaftung und eine unloyale Praxis verstaatlichter Unternehmen oder von Einfuhr- und Ausfuhrmonopolen gilt dasselbe. Auf dem Gebiete der Devisenbewirtschaftung und der staatlichen Lenkung haben die meisten Staaten eben Mittel in der Hand, die ihnen sehr viele Möglichkeiten zu Eingriffen bieten, heute in der Hemmung ihrer Einfuhr, bei künftigen Absatzschwierigkeiten aber mit bezug auf Dumpingexporte. Es ist mehr als fraglich, ob internationale Abmachungen ein genügender Ersatz für die eigene Bewegungsfreiheit wären. Im übrigen könnten die Weltmächte, wenn sie ernstlich wollten, die Welt auch ohne Konvention einer freieren Wirtschaft entgegenführen. Diese Vorbehalte ändern aber natürlich nichts daran, daß kaum ein anderes Land ein so großes Interesse an allen Bemühungen zur Lockerung der Handelshindernisse hat wie die kleine, hochindustrialisierte Schweiz. Sie möchte dabei in ihrer Sonderstellung nicht einfach übergangen werden.

Völlig offen ist im übrigen noch die Frage, wie die an der Konferenz nicht vertretenen Länder behandelt werden sollen, wenn gewisse Abmachungen zustande kommen. Sollen z. B. vereinbarte Zollsenkungen auch für Außenseiter gelten? Wenn nicht, so würde eine Art neuer «Vorzugszollblock», nur viel größer als die bisher bestehenden, geschaffen.

Die Sowjetunion steht übrigens bis heute bei diesen Bemühungen völlig nebenaus.

Fast etwas verblüffen mußte, wirtschaftlich gesehen, die Mitteilung, daß die *Bundesrechnung 1946 ohne Defizit* abschließen werde. Da scheint, auf den ersten Blick, die Theorie nicht zu stimmen, daß der Staatsbedarf zusätzliche Nachfrage in den Kreislauf «pumpe» und so die Hauptursache der Überkonjunktur sei. Genau besehen liegen die Dinge aber nicht so einfach. Der gewaltige Betrag an Kreditübertragungen auf das Jahr 1947, der hauptsächlich wegen der langen Lieferfristen notwendig wurde, hat schon 1946 als Nachfrage voll gewirkt, und wenn auch die öffentliche Hand dem Kreislauf durch die Steuern und Abgaben etwa so viel entzog wie sie in ihn einfließen ließ, so hat sie doch, absolut gesehen, gewaltige Beträge aufgewandt. Vor allem aber hat sie eines nicht fertig gebracht: entsprechend der Hochkonjunktur Rechnungsüberschüsse zu erzielen und Schulden abzutragen.

Im übrigen ergibt sich immer klarer, daß die Hauptursachen der Überbeschäftigung neben der gewaltigen Nachfrage der öffentlichen Hand und der zu Investitionen antreibenden Steuerpolitik einmal die Nachfrage zur Deckung des Nachholbedarfs sein dürfte, und daneben die Fortdauer gestörter Zufuhrverhältnisse. Zwar sind die Importe, absolut gesehen, enorm, aber es gibt immer noch Artikel — insbesondere solche, die früher von Deutschland bezogen worden sind —, die jetzt nicht mehr ausreichend angeboten werden, auch nicht von neuen Lieferantenländern, und für deren Eigenherstellung in der Schweiz der Erzeugungsapparat erst noch ausgebaut werden muß. Nichts aber ist so sehr geeignet, die Konjunktur zu stimulieren, wie die Investition, welche zurückgelegte Kapitalien in den Kreislauf bringt, die erst später zu einem vermehrten Warenangebot beitragen können.

Die richtige Folgerung aus dieser Situation ist die möglichste Erleichterung der Einfuhr, nach welchem Grundsatz — abgesehen von einigen groben Betriebsunfällen, wie dem Einfuhrverbot für einen Posten «zu billige (!)» Kondensmilch — auch tatsächlich gehandelt wird. Das zeigen die Ziffern des März, in welchem Monat die Einfuhr auf Grund des wertgewogenen Mengenindexes 42 % über dem Stand von 1938 lag, gegenüber 19 % bei der Ausfuhr. Dies Einfuhrergebnis ist um so bemerkenswerter, als ja immer noch die Kohle, das Brot- und Futtergetreide und einige internationale Mangelgüter ungenügend hereinkommen. Die «Konjunktur» der Einfuhr ist also wie seit Monaten betonter als die der Ausfuhr. An die Befriedigung des Investitionsbedarfes trägt überdies das Ausland kräftig bei, — hat es doch für 13½ Millionen Maschinen und für 7 Millionen Instrumente und Apparate allein im März geliefert.

Zu einigem Nachdenken gibt die Tatsache Anlaß, daß der *Preisindex der Einfuhrgüter* auf 211 stand, der der *Ausfuhrgüter* auf 279. Das sind Differenzen, die sich nicht durch statistische Zufälligkeiten erklären, sondern die erwarten lassen, daß die Schweiz preislich vor Schwierigkeiten stehen wird, sobald wieder einmal der Preis und nicht die Lieferfähigkeit die wesentliche Rolle spielt. Die zunehmende Bedeutung des Preises wird sich überdies nicht überall im gleichen Tempo durchsetzen. Bei manchen Artikeln ist dieser jetzt schon entscheidend, so daß dort bereits Offerten aus Preisgründen auf Ablehnung stoßen.

Die *Preis- und Lohnfrage* ist also nach wie vor maßgebend, wenn auch in den letzten Wochen wieder etwas weniger davon gesprochen worden ist. Bundesrat *Stampfli* hat sie übrigens zutreffender als die Frage der *Erhaltung der Kaufkraft des Frankens* formuliert. Die in diesem Frühjahr schwebenden Lohnkonflikte sind noch nicht entschieden. Einige lokale Streiks deuten eher auf verschärfte Spannung. So viel ist sicher: Lohnerhöhungen, die nicht vom Unternehmer getragen werden können und für welche die Preiskontrolle deshalb die Überwälzung auf den Preis zulassen muß, gehen über die Steigerung der Produktivität hinaus und reißen ein Stück der Kaufkraft des Frankens ein.

Ende April.

* * *